

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 RM. in voraus zahlen. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Gesamt-Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 RM., für das übrige Ausland 27 RM. per Briefbezug für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 RM. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Konparatortabelle über deren Raum kostet 5.- RM., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Wort 2.- RM., jedes weitere Wort 1,50 RM., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 RM., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das jetzige Wort 1,50 RM., jedes weitere Wort 1.- RM. Fernsprecher: Zentrum 15230-15230

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor der Aufhebung der Sanktionen

### Nächste Sitzung des Obersten Rates

Paris, 12. Mai. (W. T. S.)

Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“, Henry Wales, glaubt zu wissen, daß auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates, die auch nach ihm vor dem 1. Juni stattfinden soll, die Zahlungsmodalitäten für Deutschland, die Räumung Düsseldorf und die oberschlesische Frage auf der Tagesordnung stehen werden. Wales nennt u. a. Ostende oder Stresa als Ort der Tagung. Giolitti lege Wert darauf, daß der Oberste Rat in Italien zusammenkomme, da er sonst nicht an den Beratungen teilnehmen könne. Die jetzt in Düsseldorf zusammengezogenen französischen Divisionen werden Wales zufolge zurückgezogen werden, sobald Deutschland die 150 Millionen Goldmark auf Rechnung der ersten Milliarde gezahlt habe. Damit solle gleichzeitig die ganze Zone von Düsseldorf geräumt und die alliierten Truppen auf die im Friedensvertrage vorgesehene Rheinlinie zurückgezogen werden.

### Der einzig vernünftige Weg

Marcel Sembat schreibt im „Populaire“, Briand befürchte einen heftigen Angriff beim Wiederzusammentritt der Kammer. Er habe schon mobilisiert, um den Chauvinisten zu gefallen: hoffentlich werde er sich nicht durch die Notwendigkeit, sie zufriedenzustellen, zu gefährlichen Maßnahmen treiben lassen. Schon habe der „Temps“ suggeriert, die Ereignisse von Oberschlesien könnten als Vorwand dienen. Welches Land! ruft Sembat aus. Alle überlegenden Leute seien davon überzeugt, daß der einzig vernünftige Weg der sei, eine Verständigung mit den Deutschen zu suchen; sie seien glücklich, daß der nicht wieder gutzumachende Fehler der Besetzung des Ruhrgebiets verhindert worden sei. Wollte man nun etwa die Gelegenheit zu neuen Fehlern suchen?

### Französische Ansichten

CC. Paris, 12. Mai.

„Petit Parisien“ meldet: Nach offiziellen Informationen, die ihm gestern nachmittag zugehen, habe die Interalliierte Kommission sich die Schlussfolgerungen zu eigen gemacht, die die amerikanischen Sachverständigen aus dem französischen Standpunkt zogen und die darauf hinauslaufen, daß Polen das ganze Industriegebiet von Oberschlesien zufallen solle und zwar bis zu einer Demarkationslinie, die der Korfantiolinte sehr nahe kommt. Diese Entscheidung, die im Einvernehmen mit den Führern der Insurgenten getroffen worden sein soll, ist offiziell noch nicht bekannt worden, scheint aber mehr als wahrscheinlich zu sein.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, daß ein großer Teil der englischen Presse in den letzten Tagen die Haltung Frankreichs, insbesondere des Generals Le Rond bei der Auslegung des Ergebnisses der Volksabstimmung und Beurteilung des Aufstandes in Oberschlesien heftig verurteilt. Es wäre demnach nicht zu verwundern, wenn man in London darauf dränge, daß man der Unterwerfung Deutschlands dem Ultimatum der Entente gegenüber bei der oberschlesischen Frage Rechnung trage.

Berlinax richtet heute im „Echo de Paris“ einen heftigen Angriff gegen die Engländer. Er macht die englischen „Freunde“ darauf aufmerksam, daß die französische öffentliche Meinung die Zumeilung des oberschlesischen Industriegebiets an ein anderes Land als an Polen nicht hinnehmen werde. Frankreich habe die Mittel, um der polnischen Sache in der Plebiszitzone Gerechtigkeit anzutun zu lassen. Frankreich werde auch nicht zögern, wenn nötig, diese Mittel in Anwendung zu bringen.

Der „Gaulois“ erklärte andererseits, daß es Frankreich die Klugheit verbiete, sich in die Kämpfe zwischen Deutschland und Oberschlesien einzumischen. Man habe genug zu tun, um seine eigene Sicherheit zu behalten und Deutschland zu verpflichten, daß es nachzahlt, was es zu zahlen habe. Sich in diesen Kampf einzumischen und Opfer an Menschen und Geld durch eine Haltung zu riskieren, deren Unparteilichkeit unverständlich bliebe und Frankreich mehr schaden als Anerkennung einbringen würde, wäre unklug und ungeschickt.

### Kein Soldat soll demobilisiert werden

CC. Paris, 12. Mai.

Der „Matin“ betont heute, daß man bei dem in London geschlossenen neuen Abkommen zweifellos den Vorteil gehabt habe, nicht nur 2 1/2 Prozent für die ausstehenden Schulverschreibungen zu erhalten, sondern 5 Prozent plus 1 Prozent Amortisation. Das bedeute also eine Erhöhung der vorgeschriebenen Gehältern um 3 1/2 Prozent gegenüber dem Versailler Friedensvertrag. Ferner bedeute es eine Verbesserung zu gunsten Frankreichs, daß die Reparationskommission die Zahlungsfristen und -modalitäten nicht mehr abändern kann. Da die deutschen Schulverschreibungen im Einvernehmen mit allen Alliierten ausgegeben werden, so bilden sie internationale Schuldscheine, die überall in Zahlung genommen werden. „Matin“ verweist dann mit Genugtuung darauf, daß kein Soldat demobilisiert werden würde, ohne daß er durch einen anderen ersetzt werde, und daß kein Gehülfe ins Hinterland abgehoben werden solle.

### Amerikanische Stimmen

CC. London, 12. Mai.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß die Washingtoner Regierungskreise ihrer tiefen Genugtuung Ausdruck geben, daß Deutschland die Forderungen der Entente annahm. Senator Lodge, der Präsident der Kommission für Auswärtige Ange-

legenheiten erklärte, daß damit ein wichtiger Schritt zur Regelung der Angelegenheiten der ganzen Welt erfolgt sei. In gewissen Kreisen glaubt man, daß die Annahme des Ultimatus die Abstimmung über die Resolution Knox zur Folge haben werde. In anderen Kreisen wird allerdings erklärt, daß die Abstimmung über diesen Antrag neuerdings vertagt werden solle, da man erst die Berichte der Vertreter Amerikas in den interalliierten Körperschaften abwarten wolle. Man nimmt auch in Amerika an, daß die Berliner Regierung einsehen werde, daß jeder Versuch, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu umgehen, durch die Haltung Amerikas bekämpft werden würde. Dadurch sei ein sehr wichtiger Faktor für die Wiederherstellung des internationalen Friedens geschaffen.

### Loucheur über den Wiederaufbau

Paris, 11. Mai. (W. T. S.)

Havas zufolge hielt heute nachmittag der Minister für die freistellen Gebiete, Loucheur, vor ausländischen Journalisten einen Vortrag über die Reparationsfrage. Er sagte, 500 000 Wohnungen in den zerstörten Gebieten seien unbewohnbar. Dr. Simons habe angeboten 25 000 Häuser zu bauen. Dieses Angebot, nehmen wir sofort an. Loucheur fuhr fort, die Finanzstragen beherrschten das ganze Problem. Das Reparationsbudget werde während 8 Jahren 11 Milliarden erfordern. Von Frankreich seien bereits auf Rechnung Deutschlands 27 Milliarden vorgeschossen. Für die schnelle Durchführung des Reparationsproblems sei vor allem Geld nötig. Selbst wenn Deutschland alles, was von ihm gefordert werde, bezahle, werde Frankreich immer noch ausschließlich für Reparationszwecke 25-30 Milliarden aufbringen müssen.

Beitrag der Londoner Konferenz lagte Loucheur, die Reparationskommission habe sich damit beschäftigt, mobilisierbare Wertpapiere zu schaffen, die den internationalen Zahlungsverkehr erleichtern sollten. Es handle sich um einstragende Schecks, für deren materielle und moralische Sicherstellung die Kommission sorgen werde. Die Kommission werde unverzüglich darüber Beschluß fassen, ob die deutschen Schuldverschreibungen in kleinen Stücken ausgegeben werden sollen. Wahrscheinlich werde man sich für kleine Stücke entscheiden. Zur Frage der Entwaffnung bemerkte Loucheur, Frankreich werde Gewehr bei Fuß stehen bleiben, bis die Entwaffnung Deutschlands beendet sei.

Schließlich kam der Minister noch auf die Frage der Stellung deutscher Arbeitskräfte zu sprechen und bemerkte, es würde die Gefühle der Geschädigten verletzen, wenn dieselben Leute, die die Zerstörung angerichtet hätten, sich frei unter ihnen bewegten. In Gebieten ohne dicke Bevölkerung dagegen sei die Verwendung deutscher Arbeiter möglich, vorausgesetzt, daß sich eine geeignete Formel finden lasse, die zugleich die Rechte der deutschen Arbeiter schütze. Bezüglich dieses Punktes erschienen ihm indessen die in Genf zwischen den französischen und den deutschen Gewerkschaftsvertretern getroffenen Vereinbarungen unannehmbar.

### Bevorstehender Rücktritt des Grafen Sforza

CC. Paris, 12. Mai.

„Secolo“ meldet: Graf Sforza teilte Giolitti, nachdem er ihm über das Ergebnis der Londoner Konferenz Bericht erstattet hatte, mit, daß er sein Amt niederlegen müsse. Giolitti bat Sforza, diese Absicht bis zur Eröffnung der Kammer aufzuschieben. Graf Sforza dürfte wahrscheinlich nach seinem Rücktritt als Außenminister der Nachfolger des italienischen Botschafters in Paris Grafen Bonin Longare werden.

### Annahme des Schutzollgesetzes in England

CC. London, 12. Mai.

Das Unterhaus nahm mit 236 gegen 72 Stimmen in erster Lesung den Vorschlag des Handelsministers, zum Schutze der englischen Industrie eine 33 1/2-prozentige Einfuhrzollerhöhung einzuführen, an.

### Verbesserungen der Ausnahmegerichte

Den Bemühungen unserer Genossen ist es heute gelungen, im Rechtsausschuß mit Hilfe der Rechtssozialisten und der Kommunisten eine Verbesserung der Bestimmungen über die Ausnahmegerichte durchzusetzen. Die Regierung soll ersucht werden, sofort zu bestimmen, daß zwischen der Ladung zum Termin und dem Termin eine Frist von wenigstens drei Tagen liegt und daß alle von dem Angeklagten vorgeladenen Zeugen vernommen werden. Damit ist bis zu einem gewissen Grade eine Ueberumpelung des Angeklagten und eine Abschneidung der Beweisanträge erschwert. Auf Verlangen unserer Genossen sollen diese Beschlüsse des Rechtsausschusses noch in der heutigen Sitzung des Reichstages verabschiedet werden, damit die Verbesserungen sofort in Kraft treten können.

Ein Major als Waffenschieber. Der Kommandeur der Schutzpolizei von Buzer in Westfalen, Major Kios, wurde am Sonnabend voriger Woche in Haft genommen. Er hat sich an einer Waffenschleibung beteiligt. Ein Strafverfahren ist gegen ihn eingeleitet worden. Die Schleibung soll nicht politischen Zwecken gedient haben, sondern aus Gewinnsucht erfolgt sein.

Die Uebergabe von Westungarn an Oesterreich. Die Verhandlungen über die Bedingungen der Uebergabe von Westungarn an Oesterreich werden auf Wunsch der Budapest Regierung am 15. Mai wieder aufgenommen.

## Schon Unstimmigkeiten

Um die preußische Regierung

Wenn nicht alles täuscht, so wird die Umbildung der preußischen Regierung nicht so leicht von statten gehen, als es die Rechtssozialisten unmittelbar nach ihrem Eintritt in die Reichsregierung angenommen hatten. Die Deutsche Volkspartei, unterstützt von den Deutschnationalen — in Preußen fließen diese beiden Parteien immer mehr zu einem einheitlichen reaktionären Block zusammen —, wehren sich natürlich verzweifelt gegen die Wiederkehr der Sozialisten, aber auch Zentrum und Demokraten haben es gar nicht eilig. Zwar hat Ministerpräsident Seegerwald erklärt, daß die neugeschaffene politische Lage im Deutschen Reich auch Konsequenzen für die preußische Politik ergeben werde, aber er will um Himmels willen „keine übereilten Schritte“ tun, sondern „volle Klärung abwarten“, und erst kurz nach Pfingsten die dazu nötigen Schritte unternehmen.

„Kurz nach Pfingsten“ ist eine unbestimmte Zeitangabe, und das Zentrum hat gestern im Landtag sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß „kurz nach Pfingsten“ auch unter Umständen sehr lange nach Pfingsten bedeuten könne. Der „Vorwärts“ ist darüber sehr ungehalten, vermutet hinter dieser Hinauszögerungstaktik andere Gründe, lehnt „die Rolle einer gebildeten Handlangerin, deren unschätzbaren Dienste man gütig annimmt, der man aber die Mitbestimmung in entscheidenden Punkten verweigert“, sehr unwillig ab und droht, wenn auch vorläufig nur ganz andeutungsweise, mit dem Austritt aus der Reichsregierung, wenn es mit dem Eintritt in die preußische Regierung nichts wird.

Die „anderen Gründe“ der bürgerlichen Parteien, von denen der „Vorwärts“ spricht, sind leicht zu erraten. So unglaublich es klingt, die bürgerlichen Koalitionsparteien, namentlich die Demokraten, sehen sich bereits danach, die Deutsche Volkspartei im Reich wieder in die Regierung hineinzubekommen. Offenbar will man Preußen als Tauschobjekt benutzen. Man will die Rechtssozialisten in Preußen in die Regierung aufnehmen, wenn sie im Reich, und damit natürlich zugleich auch in Preußen, sich doch noch mit der Deutschen Volkspartei koalieren. Dabei tritt in der bürgerlichen Presse mit großer Bestimmtheit immer wieder die Behauptung auf, daß die Rechtssozialisten im Reich bereit waren, mit der Deutschen Volkspartei zusammen die Regierung zu bilden, eine Behauptung, die unseres Wissens von den Rechtssozialisten bisher nicht widersprochen worden ist.

Jedenfalls ist diese Taktik der bürgerlichen Parteien leicht zu verstehen; sie fürchten jetzt, wo sie mit Hilfe der sozialistischen Stimmen um die auswärtige Katastrophe herumkommen sind, mehr als je sozialistischen Einfluß auf die Regierung. Dies schon deshalb, weil es sich nunmehr sehr wesentlich um die Verteilung der Lasten, die die Ausführung des Friedensvertrages verlangt, auf die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft handelt. Da ist dem Zentrum und den Demokraten die Volkspartei ein viel lieberer Bundesgenosse, als auch noch so gemäigte und noch so zu Opfern für die Erhaltung der Koalition bereiten Arbeitervertreter. Deshalb verbreiten auch die Demokraten mit großem Eifer die Mär, daß die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei die Ausführung der Ententeforderungen erleichtern würde. Es ist genau umgekehrt. Bisher hat die Stinnespartei mit allen Mitteln jede vernünftige Außenpolitik sabotiert. Aber allerdings würde ihre Mitwirkung die Abwälzung der Lasten von den Bescheidenden auf die Arbeiter außerordentlich erleichtern. So erklärt sich die Trübung des Verhältnisses zwischen den neuen Regierungsparteien schon am ersten Tage nach dem Wiederfinden.

Es ist also klar, daß die Rechtssozialisten gepreßt werden sollen, und es ist selbstverständlich, daß sie darüber erbittert sind. Aber das sind nun einmal die Schrecken der Koalitionspolitik und deren unvermeidliche Begleitererscheinungen.

In Wirklichkeit kommt in dem allen nur die Unüberbrückbarkeit des Klassen Gegensatzes zum Ausdruck. Die bürgerlichen Parteien stehen alle einander viel näher, als eine bürgerliche Partei irgendeiner Arbeiterpartei, möge deren Sozialismus auch noch so abgebläht sein. Wir schreiben nach der Beendigung der preußischen Krise, es handele sich dabei nicht um ein bloßes Ungefahr, sondern um eine Entscheidung im Klassenkampf. Die Neubildung der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition im Reich ist keine Widerlegung dieser Ansicht, denn sie ist nur unter dem härtesten Zwang von außen erfolgt.

Die Schwierigkeiten in Preußen zeigen schon jetzt, auf wie schwankem Grunde die Koalitionspolitik beruht. Auch die rechtssozialistischen Arbeiter werden die Erfahrung machen müssen, daß es auf die Dauer nur eine unabhängigsozialistische Klassenkampftaktik geben kann, auf deren Boden sich das gesamte Proletariat vereinigen muß. Deshalb können wir nur wünschen, daß das Experiment, das die Rechtssozialisten jetzt wiederum begonnen haben, diesmal wirklich durchgeführt werde bis zum Scheitern. Dann werden die rechtssozialistischen Arbeiter aus Erfahrung lernen, was sie unseren grundsätzlichen Darlegungen bisher nicht geglaubt haben.



# Eine polnische Arbeiterdelegation in Paris

Aus Paris wird gemeldet, daß das Direktorium der französischen sozialistischen Partei am Mittwoch eine Delegation polnischer Arbeiter aus Oberschlesien unter der Führung von Bohner empfing. Diese legten dem Direktorium dar, daß die oberschlesischen Bergarbeiter Polen werden wollen, auch dort, wo eine deutsche Mehrheit sich ergab. Die französischen Sozialisten Renaudel, Mayeras, Brade machten Einwendungen und rieten den polnischen Delegierten, sich mit der U. S. P. D. in direktes Einvernehmen zu sehen.

Der Besuch der polnischen Arbeiterdelegation in Paris steht offensichtlich in Verbindung mit der Aktion, die die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) unternommen hat, um die Unterstützung der Sozialisten der Ententesländer für den Korsantj-Butsch zu gewinnen. Nach deutscher als in dem Aufruf der P. P. S. trat in den Erklärungen der oberschlesischen Delegation der nationalistische Hintergrund der ganzen Aktion zutage, denn wenn die Delegation sich zu der Behauptung aufschwingen konnte, daß die oberschlesischen Bergarbeiter auch dort, wo eine deutsche Mehrheit sich ergab, „Polen werden wollen“, so bedeutet das nicht nur eine Vergeßlichkeit der Wahrheit und einen offensichtlichen Betrug, sondern offenbart auch die Tatsache, daß die Mitglieder der oberschlesischen Delegation als Agenten des polnischen Nationalismus den Kampf gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages führen.

Es ist unter diesen Umständen durchaus begreiflich, daß die Mitglieder der französischen Parteileitung der polnischen Delegation eine deutliche Abjage erteilten und ihr rieten, sich mit der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ins Einvernehmen zu sehen. Unsere französischen Genossen wissen sehr wohl, daß wir stets gegen den polenfeindlichen Kurs Preußen-Deutschlands und für die Wiedergutmachung des historischen Unrechts gekämpft haben, das an Polen verübt worden war. Sie wissen auch, daß wir auch nach der Revolution allen nationalistischen Bestrebungen in Deutschland entgegenzutreten, die eine Ausöhnung mit Polen und eine Lösung der strittigen Grenzfragen fördern, und daß wir nach wie vor an den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker festhalten, um die offene Wunde der oberschlesischen Frage einer Heilung entgegenzuführen. Es ist deshalb durchaus folgerichtig, wenn unsere französischen Freunde die polnische Delegation auf den Weg direkter Verhandlungen mit unserer Partei verwiesen, denn nur auf diesem Wege läßt sich in der Tat der unheilvolle Einfluß beseitigen, den der polnische Nationalismus auf das Denken und Fühlen breiter Kreise der polnischen Arbeiter gewonnen hat, die dadurch gegen ihren Willen zu einem Werkzeug der Völkerverhetzung und der Kriegstreiberei geworden sind.

Wir würden es begrüßen, wenn die polnischen Arbeiter dem freundschaftlichen Rat der französischen Parteileitung Folge leisten und durch direkte Verhandlungen mit unserer Partei die Gefahren bannen würden, die durch die gegenwärtige Haltung der P. P. S. und des von ihr beeinflussten Teiles der polnischen Arbeiterschaft verschärft werden.

## Die Pflicht der Alliierten

EE. Paris, 12. Mai.

„Westen abend schrieb der „Star“: Der Friedensvertrag, der Deutschland so große Opfer auflegt, er legt den alliierten Regierungen auch heilige Pflichten auf. Eine der ersten und dringendsten Pflichten ist es, darüber zu wachen, daß Deutschland mit Gerechtigkeit in der oberschlesischen Frage behandelt wird. Die „Times“ geben bei der Besprechung der Annahme des Ultimatums durch Deutschland ihrer Genugtuung Ausdruck, daß Deutschland sich unterworfen habe und hoffen, daß es seine Verpflichtungen genau erfüllen werde. Das Blatt fährt fort: Dr. Wirth hat die Ansicht ausgedrückt, daß die Zukunft Oberschlesiens gemäß dem Friedensvertrag von Versailles entschieden werden müsse und daß die Alliierten in keinem Falle daran denken dürften, es zuzulassen, daß der polnische Konflikt den Rechten Deutschlands auf das Industriegebiet Abbruch tue. Wir haben unsere Ansicht in dieser Frage bereits mit voll-

kommener Deutlichkeit ausgedrückt. Die Alliierten haben in Polen eine heilige Pflicht, die sie mit gutem Willen und in vollster Unabhängigkeit erfüllen müssen.

## Gegen die neue Kriegshege

### Internationale Aktion der Kriegsteilnehmer

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer hat einen Aufruf verbreiten lassen, der sich mit den gegenwärtigen inner- und außerpolitischen Konfliktverhältnissen beschäftigt und sich gegen jede gewaltsame Lösung wendet. Der Aufruf schließt:

„Gerade wir Kriegsteilnehmer, die wir das Kriegselend an Leib und Seele erlebt haben, sind die natürlichen Warner vor neuem Norden und abermaligem Blutopfern. Wir rufen Euch auf, zusammenzutreten und einmütig auszuharren in dem letzten Kampfe für Frieden und Völkerverständigung, der allein die Menschheit zur besseren Zukunft emporkühren kann. Keine Gewalt mehrt! Nie wieder Krieg!“

Auf Anregung des Friedensbundes wird die Genfer Internationale der Soldaten, der auch die pazifistischen Kriegsteilnehmer der Ententesländer angehören, eine allgemeine Aktion in allen von der neuen politischen Krise betroffenen Ländern einleiten.

## Die Reaktion in Lettland

In Lettland sind starke Lohnbewegungen entbrannt, die schier die gesamte Arbeiterschaft erfassen. Ausgelöst wurden diese durch die jüngste Neuausgabe von Papiergeld, die einen Sturz der Kaufkraft des lettischen Rubels bewirkte und beispielsweise das Verhältnis der deutschen Mark, das vorher 3 zu 1 stand, auf 6 zu 1 verschlechterte.

Diese allgemeine Lohnbewegung hat nun Regierung und Bourgeoisie in eine geradezu fieberhafte Aufregung versetzt. Die Regierung hat, obwohl der Streik einen wirtschaftlichen Charakter trägt, sofort den Belagerungszustand über das ganze Land verhängt. Alle Versammlungen wurden verboten und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Das Sekretariat des Transportarbeiterverbandes in Riga wurde aufgelöst und der gesamte Vorstand der Rigaer Sektion des Eisenbahnerverbandes hinter Schloß und Riegel gestellt. Das gleiche Schicksal traf den Vorstand der Metallarbeiter und mehrere Vorstandsmitglieder des Handels- und Industriearbeiterverbandes und des Verbandes der chemischen Industrie. Selbst Mitglieder des Verwaltungsrates der Arbeiterkonsumgenossenschaft und des sozialwissenschaftlichen Studentenklubs sind von Verhaftungen nicht ausgenommen worden.

Daß diese Lohnbewegung in Lettland nur das Aufbäumen gegen entsetzliche Not und Verelendung ist, dafür genügt schon der Hinweis, daß beispielsweise die Beamtenlöhne schon vor dem großen Kurssturz im besten Falle 1500—2000 Rubel monatlich betragen, während ein Anzug schon 5000 und ein Paar Schuhe 1000—2000 Rubel kostet. Das hält aber die lettische Regierung nicht ab, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln in ihre vermehrte Not zu zwingen. In diesem Bemühen scheint sich die lettische „Demokratie“ auch nicht einmal von dem zaristischen Blutzregiment unterscheiden zu wollen.

Als weitere Illustration der in Lettland herrschenden Reaktion kann die schier unglaublich anmutende Nachricht angeführt werden, daß Frau Austra-Ohsolin, die bis Anfang November v. J. den Posten eines Legationsrates bei der lettlandischen Gesandtschaft in Berlin bekleidete, und in dieser Eigenschaft in heroortragendem Maße an den Verhandlungen mit der deutschen Regierung beteiligt war, vor wenigen Tagen anlässlich eines Besuches in Riga verhaftet wurde, und zwar unter der Anschuldigung „bolschewistischer Umtriebe“. Die lettlandische Regierung erweist sich mit dieser Handlung nicht nur als getreue Schülerin der alten zaristischen Bürokratie, sondern auch als Handlangerin der deutschnationalen Presse, die, inspiriert von baltischen Junkern, u. a. auch gegen Frau Ohsolin gehetzt hat. In ihrer Angst vor der steigenden Anzuehmlichkeit des Volkes schlägt diese Regierung nicht nur in blinder Wut auf die Arbeiterorganisationen ein, sie zerstückelt auch in tölpelhafter Weise die letzten Reste des Ansehens der lettlandischen Republik im Auslande und macht sich, durch ihre Unfähigkeit nicht minder wie durch ihren Polizeigeist, zum Gespött der ganzen Welt.

## Französische und deutsche Kommunisten

Man weiß, daß die gloriose auswärtige Politik der sogenannten Dritten Internationale darin besteht, alle kriegerischen Konflikte zu fördern, in der närrischen Voraussetzung, daß solche Konflikte die beste Gelegenheit für revolutionäre Erhebungen seien. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Solche Konflikte lösen außerordentlich starke nationalistische Strömungen aus, und es ist außerordentlich zweifelhaft und hängt von ganz besonderen Umständen ab, ob diese nationalistischen Strömungen von revolutionären abgelöst werden. So simpel, wie man sich in Moskau die Dinge vorstellt, sind sie in Wirklichkeit nicht.

Diese Auffassung hat nun aber zur Folge gehabt, daß die deutschen Kommunisten mit allen Mitteln die deutsch-nationale Katastrophopolitik zu fördern trachteten und in dem Wiederbeginn des Krieges einen Brand sahen, an dem sie ihre Suppe kochen könnten. Ganz anders die französischen Kommunisten. Sie haben dieselbe Taktik verfolgt, wenn auch durch großmühtige Phrasen verhüllt, wie die Unabhängige Partei in Deutschland und wie die französische sozialistische Partei. Und als ihre Phrasen von einigen ihrer Anhänger ernst genommen wurden, hatte Trotskij jenes Verantwortungsgefühl, das die Levi, Däumig und Konsorten nicht befehen, um rechtzeitig vor allen Handlungen zu warnen, in der sehr richtigen Erkenntnis, daß die französischen Kommunisten gerade infolge der Spaltung nicht wirksam handeln können. Freilich haben dabei die französischen Kommunisten sorgfältig verschwiegen, daß die deutschen Kommunisten für die Ablehnung des Ultimatums, also für neue Konflikte, arbeiteten. Jetzt begrüßt die „Humanité“ die Abstimmung im Reichstag und die Annahme des Ultimatums, durch die den französischen Chauvinisten die Beute entgangen sei und der Einmarsch verhindert wurde. Sie vergißt natürlich, den Dank den deutschen Sozialisten abzustatten, die diese Entscheidung herbeiführten. Sie hat auch kein Wort der Kritik gegen die deutschen Kommunisten, deren Stimmen sich mit denen der Deutschnationalen vereinigt hatten und zum Triumph des französischen Militarismus hätten führen können.

In der Tat hat die französische Arbeiterklasse allen Grund, diesen Ausgang zu begrüßen, denn die Ablehnung hätte in Frankreich die nationalistischen Stimmungen außerordentlich gesteigert und den politischen Einfluß der französischen Arbeiterschaft noch weiter gemindert.

Aber dies alles dürfen die französischen Arbeiter von ihren Kommunisten nicht erfahren, denn Lüge und Verfälschung der Arbeiterschaft ist überall ein unentbehrliches Hilfsmittel kommunistischer Agitation. Es ist auch das einzige, was die kommunistischen Parteien, so völlig verschieden sie sonst handeln, in Wirklichkeit vereinigt.

## Die Entschädigung für Schöffen

Der Abg. Ehrhange (U. S. P.) hat im preussischen Abgeordnetenhaus eine kleine Anfrage eingebracht, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Entschädigung an Aufwandsgeldern und entgangenem Arbeitsverdienst für Schöffen und Geschworene, die jezt 20 M. beträgt, bei weitem nicht genügt, um eine wirtschaftliche Schädigung besonders bei der arbeitenden Bevölkerung zu vermeiden und so das Interesse zur Übernahme solcherämter zu verhalten. Genosse Ehrhange fragte nun an, ob die Regierung dahin wirken werde, daß die Entschädigung bis zur Höhe des Arbeitsverdienstes gesteigert wird. Offiziell wird dazu erklärt, daß die Entschädigung für Nichtbesoldete demnächst auf 40 M. erhöht werden soll. Festbesoldete sollen dagegen nur die baren Unkosten in Höhe von 20 M. erhalten.

Kempin in Haft. Wir berichteten vor einigen Tagen aus Halle, daß der Führer des Leunawerkes, Kempin, aus der Haft entlassen worden sei. Wie uns jetzt von untrübter Seite mitgeteilt wird, trifft diese Nachricht nicht zu. Kempin befindet sich noch in Haft. Außerdem war von kommunistischer Seite und auch von uns der Verdacht geäußert worden, Kempin sei ein Vorkämpfer. Diese Behauptung soll, wie uns von Verwandten des Kempin mitgeteilt wird, jeder Grundlage entbehren. Kempin habe aus politischen Motiven gehandelt und nie im Dienste der Polizei gestanden. Sein ganzer Charakter lasse das nicht zu.

## Cromwell

### Eine warnende Erinnerung

Wenn wir heute Lebenden auf die englische Revolution des 17. Jahrhunderts zurückblicken, so ist es für uns nicht ganz leicht, das Getriebe der Parteien und Interessengehege einer Zeit zu verstehen, die in ihren ökonomischen und weit mehr noch ihren geistlichen Lebensbedingungen so weit von der unsrigen abweicht. Insbesondere gilt dies von der religiösen Färbung aller politischen Parteien ihres Zeitalters. Es ist hier nicht der Platz, alle Umstände eines sehr verwickelten politischen und wirtschaftlichen Streites darzulegen. Nur auf einige Szenen des großen Dramas soll hier eingegangen werden, die uns in ihrem Verlauf zeigen werden, wie menschliches Handeln nach allerlei Wechselfällen in weitem Kreislauf wieder auf den Ausgangspunkt zurückführt.

Dieser Ausgangspunkt für den praktischen Verlauf der Revolution war der politische und kirchliche Absolutismus, wie er unter Karl I., dem begabtesten und deshalb auch gefährlichsten der Stuartkönige, Gestalt gewann. Im Verein mit einer bei sinkender Konjunktur verderblichen Despotie, die zu deren Befestigung die gewagtesten Steuerprojekte ausgeheckt wurden, rief diese Politik den allgemeinen Unwillen des ganzen Landes hervor. Zum König standen nur die eigentlichen Stützen des Systems, in erster Linie Graf von Strafford (meist selbst ein Führer der Opposition gegen den fürstlichen Absolutismus) und Erzbischof Laud. Es ist bezeichnend für englisches Empfinden, daß man zunächst nicht die Person des Königs in die Debatte zog, sondern Strafford wegen Hochverrats anklagte, begangen zum Schaden der Krone. Der König opferte ihn, eingeschüchert durch die feste Haltung des Parlaments, die auf das ganze Land wirkte. Aber vom selben Augenblick an ging die bisherige Einheitsfront auseinander. Während die einen die Königsgewalt, wenn nicht ganz beseitigen, so doch stark beschneiden wollten, haben andere in einem starken, wenn auch nicht absoluten Königtum den besten Schutz der eigenen Interessen. Je mehr sich der Streit zuspitzte, um so mehr traten die extremen Richtungen in den Vordergrund. Auf das Hineinspielen des Gegenmaßes zu Schottland und das Getriebe der dortigen Parteien sei hier nicht weiter eingegangen. Genug damit, daß im Bürgerkrieg die energischste Partei, die sogenannte Independente (Unabhängige) die Führung an sich rissen und unter der Leitung ihres bedeutendsten Parteiführers Cromwell endlich den Sturz des Königstums herbeiführten.

Aber schon in der Zeit der letzten Kämpfe gegen dieses trat ein bis dahin kaum beachteter Gegensatz hervor: eine weiter links stehende Partei, die Levellers (Gleichmacher) stellten Forde-

rungen wirtschaftlicher Art auf, die den meist dem kleinen Grundbesitzern angehörigen Independenten zu weit gingen. Da zu jener Zeit die Parteien noch militärisch organisiert waren, war es leicht, sich der unbequemen Gegner zu entledigen: man ließ die Rädelsführer erschießen. Aber weit größere Schwierigkeiten ergaben sich, als es galt, dem Willen der Sieger entsprechend, einen neuen Staat aufzubauen. Cromwell übernahm zunächst die Diktatur. Wiederholt wurde das Parlament „gereinigt“, ja zeitweise ohne Parlament, d. h. also absolutistisch regiert. Man erkannte mit Schrecken, daß nur eine Minderheit im Lande auf Seiten der Sieger stand. Mit Waffengewalt hielt der Diktator Cromwell die sogenannte Ordnung aufrecht, ersetzte die Zivilbehörden durch Militärbefehlshaber, erhob Kriegsteuern und zwang die öffentliche Meinung unter eine unerhörte Zensur. So waren nach wenigen Jahren Zustände eingeleitet, die denen aus Hoar gleichen, die einst den ersten Anlaß zur Auflehnung gegen die Herrschaft Karls I. gegeben hatten. Es fehlte nur noch, daß Cromwell sich selbst den Königstitel beilegte, um die alten Zustände in alter Form wieder heraufzuführen. Dann müßte eine neue Revolution einsetzen, die sich damals gegen ihn, den einstigen Vorkämpfer der Volkstfreiheit, richten müßte. Gerade noch rechtzeitig raffte ihn der Tod hinweg. Der Unwille der Nation über seine Gewalttätigkeiten ließ den Engländern die Rückkehr des vertriebenen Staatskönigs erträglich erscheinen, als die Sabelherrschaft des alten revolutionären Führers, zumal der Sohn aus dem Schicksal des Vaters gelernt hatte und weniger offensichtlich die Rechte des Volkes kränkte. So kam es zu einer Erneuerung der Monarchie, und es bedurfte einer neuen 30jährigen Mißwirtschaft und all der Ungeschicklichkeit des letzten Stuarts, um in einer zweiten Revolution England für immer von der Gefahr eines landesherrlichen Absolutismus zu befreien. In allem Uebrigen aber blieben die Ergebnisse dieser Bewegung weit hinter den Forderungen des Volkes zur Zeit der ersten Revolution zurück. Vieles, wie die wirklich vollständigen Bestrebungen des Levellers, ist heute noch nicht erreicht. Die vorstehende Politik der mittleren Linie hatte gefehlt. Das Proletariat kam eigentlich nur in den Levellers zur Vertretung und wurde, wie gezeigt, durch große Schwierigkeiten ausgehakt. Interessant aber ist vor allem, wie eine in ihren Anfängen vollständige Bewegung dadurch, daß sie in die Herrschaft einer Minderheit ausläuft, und diese nur mit militärischen Mitteln sich erhalten konnte, schließlich in die Reaktion zurückmündet. Mit dem Augenblick, da die Independents zur Diktatur griffen, mußten sie mit logischer Notwendigkeit die Fehler des alten Regimes wiederholen.

Vielleicht dient diese kleine Erinnerung zur Warnung. Was in England geschah, kann in anderen Ländern sich wiederholen. Was Cromwell erfahren mußte, kann jedem andern Diktator widerfahren.

Vindex

## Die Sammlung

### der antiken Gipsabgüsse

Unsere Sammlung von Gipsabgüssen nach Originalen der griechischen und römischen Skulptur war bisher im Neuen Museum wenig erfreulich untergebracht. Die Räume lagen dort unübersichtlich, waren überfüllt und hatten jenen unangenehmen, ja abstoßenden „Museumscharakter“, den wir nach und nach endlich überwinden. Sie waren steinern, laut und kalt, und die verstaubten Gipse selbst für ein empfindliches Auge ungenießbar.

Jetzt ist nun die wertvolle Sammlung in neue Räume gebracht worden. Im Westflügel der Universität (Eingang vom Garten her, dicht an der Dorotheenstraße), ist das oberste Stockwerk zu einem neuen Gipsabgüß-Museum hergerichtet worden (geöffnet unentgeltlich Montag und Donnerstag von 10—3, Sonntags von 10—1 Uhr) — und zwar mit großem Geschick und gutem Geschmack. Die Gipse sind von der schieflichen Staubkruste befreit worden, haben einen erträglichen Ton bekommen und sind vor allem übersichtlich, locker und mit künstlerischem Feingefühl aufgestellt worden. Die Räume sind ausgezeichnet belichtet, in ihrer Größe und Höhe gut proportioniert und klar gruppiert. Die Wände haben einen frischeren starken Farbansatz erhalten, ein ausgezeichnetes Mittel, um die erdende, kalte Gleichartigkeit der Gipse zu bannen. So ist eine Sammlung entstanden, die als Muster einer guten Sittdienstsammlung bezeichnet werden kann.

Von den Ausgrabungen auf Akretia an läßt sich hier über die früheren Funde der Akropolis und über die Tempelskulpturen von Regina, Olympia, Athen der Weg der antiken Skulptur bis in die spätrömische Kaiserzeit verfolgen. (Einige Räume werden erst in Kürze eröffnet werden.)

Besonders hinweisen möchte ich heute auf den Raum, in dem die prachtvollen Nachbildungen nach kritischen Wandmalereien, Vasen, Geräten und Schmuckstücken zu sehen sind. Die Originale kommen nicht aus Griechenland heraus, ihre Publikation in wissenschaftlichen Werken dringt kaum über den Kreis der Fachleute (noch sei auf das Werk von Volzert: „Mit-Kreta“ im Verlage Ernst Rasmussen-Berlin, mit Nachdruck hingewiesen), so daß diese Ausstellung von Nachbildungen für Viele die erste Bekanntschaft mit einer Kultur vermitteln wird, deren Ueppigkeit, Eleganz und zugleich nervige Kraft uns faszinieren. Wir danken die Entdeckung dieser Kultur den Ausgrabungen namentlich von Amerikanern und Italienern in Knossos und Phaistos auf Kreta, die um rund 20 Jahre zurückliegen. Die Kultur, deren Reste da vor uns aufstehen, mit einer Blüte um rund 1500 vor Christi Geburt, ist keineswegs identisch mit der griechischen Kultur



## Wie die Zuchthausmaschine arbeitet

Vor dem Ausnahmegericht in Halle wurde der Bureauvorsteher Langheinrich zu vier Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. In seinem Hause soll sich die kommunistische Kampfbühne für Mitteldeutschland befunden haben. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Ehefrau des Angeklagten, Wally Langheinrich, erhielt zwei Jahre Gefängnis. Als sich der Rechtsanwalt Hegewisch dem Ausnahmegericht als Verteidiger vorstellte, sagte einer der Richter: „Der fehlt uns gerade noch!“

Vor demselben Gericht wurde der 22-jährige Arbeiter Adolf Böttcher aus Beesen zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Er soll in Beesen vor etwa 10 Leuten gesagt haben: „Lacht uns nach Mansfeld gehen!“ Gegangen ist niemand, aber das Gericht sah in diesen Worten eine vorbereitende Handlung zum Hochverrat. Dem Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Ist das noch Justiz?

Das Kaumburger Ausnahmegericht hat an einem einzigen Tag 23 Jahre Kerker verhängt. Der Bauarbeiter Winkler aus Döberstadt hatte einen Aktionsausflug ins Leben gerufen. Strafe: 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust. Der 18-jährige Arbeiter Artur Hänge, der dem Aktionsausflug angehörte, bekam 3 Jahre Zuchthaus. Der Bergmann August Ketter aus Döberlingen hat bei Helste zwei Schüsse in die Luft abgegeben. Strafe: 2 Jahre Zuchthaus. Der Grabenarbeiter Richard Reinhardt aus Wendstein soll dem Abgesandten des Aktionsausfluges in Nedra einen Autoschuppen gesteckt haben. Strafe: 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Arbeiter Paul Probst, Vorsitzender der kommunistischen Ortsgruppe in Volkmarstedt hat einen Aktionsausflug ins Leben gerufen und Zettel anlegen lassen, die die Diktatur des Proletariats verkündete. Strafe: 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust. Eine Frau, die den Aufruf abgeschrieben hatte, bekam dafür 6 Monate Gefängnis. Der Arbeiter Albert Krödel hat Gewehre und Fahrräder beschlagnahmt. Strafe: 3 Jahre Zuchthaus. Der Arbeiter Albert Walter hat mit einem Gewehr Kisten vor einem Versammlungsort gelassen. Strafe: 2 Jahre Zuchthaus. Die Arbeiter Karl und Wilhelm Walter sollen in Sangerhausen Fahrräder beschlagnahmt haben. Karl Walter erhielt 5 Jahre Zuchthaus, Wilhelm Walter 3 Jahre Zuchthaus wegen räuberischer Erpreßung.

Das Ausnahmegericht in Erfurt hat an einem einzigen Verhandlungstag 23 Angeklagten zu insgesamt 50 Jahren 7 Monaten Gefängnis und 140 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ist das noch Justiz?

## Ein Vorbild

Der Bezirksparteitag der K. P. D. für Berlin-Brandenburg hat sich gegen 3 Stimmen für die sogenannte Märzaktion, gegen die Haltung Paul Levis und für die neue „Offensivtaktik“ der Partei ausgesprochen. Dann wurde u. a. folgender Antrag angenommen:

„Auf Grund dessen, daß Fritz Wolf von der Reichsgewerkschaftszentrale der Partei bis jetzt noch keine Gelegenheit gefunden bzw. genommen hat, sich die Mitgliedsliste der K. P. D. zu beschaffen, bzw. sich bei der K. P. D. zu organisieren, beschließt der Bezirksparteitag, sämtliche Funktionen des Fritz Wolf in der Partei sind zu unterbinden.“

Fritz Wolf, der Adjutant Ernst Däumig, war einer der führenden Streiter im Kampf um die Moskauer Bedingungen. In der Arbeiterbewegung völlig unerfahren, durch die Revolution erst in die politische Bewegung hineingetrieben, hatte er das notwendige Mittelzeug, um gegen „Konzentration“ und „Gewerkschaftsbureautanten“ seine Schlägen zu führen. Dabei hatte er es vergessen, sich politisch zu organisieren. Nun kann ihm nicht einmal die Ehre eines Parteiauschlusses angetan werden! Mit der Entziehung seiner Funktionen und einer Warnung an die Arbeiter, die der Unorganisierte organisieren wollte, schließt die glorreiche Laufbahn Fritz Wolfs.

## Genosse Kasperek freigelassen!

Wie uns aus Nordhausen berichtet wird, ist Genosse Kasperek am Mittwoch morgen wieder in Freiheit gesetzt worden. Durch die Vernehmung vor den Untersuchungsrichtern wurden der Anklage auf Hochverrat alle Grundlagen entzogen, so daß sich die Verhaftung nicht mehr aufrecht erhalten ließ. Die reaktionäre Presse wird nun ihre gewissermaßen Hege gegen Kasperek erneut aufnehmen, und es ist immerhin möglich, daß sich wieder ein deutschnationaler Richter findet, der dieser Hege Gehör schenkt.

tur und auch nicht eigentlich deren direkter Ahne, und die Entdeckungen Schliekmanns in den 70er Jahren in Mexiko, Ternos usw., also auf griechischem Festlandsboden, stehen, wie wir jetzt erkennen, zu den Funden auf Kreta in dem Verhältnis provinzieller Ausstrahlungen zum Kultur-Mittelpunkt. Nach diesem Mittelpunkt, der Insel Kreta, bezeichnet man die Kultur als eine „kretische“, nach ihrer Ausdehnung aber als eine „ägäische“, da sie die Inseln und Küsten des ägäischen Meeres umfaßt. Es handelt sich durchaus um eine eigene Kultur mit eigener Sprache und eigener Schrift. Verbindungen bestehen — besonders um 1350 nachweisbar — zu Ägypten. Die Forschung ist noch längst nicht abgeschlossen, doch darf man heute behaupten, daß es im wesentlichen jene Kultur ist, die in den homerischen Gedichten — mehrere Jahrhunderte später — besungen wird. Keineswegs trägt die kretische oder ägäische Kultur die Kennzeichen des Primitiven, wie wir sie etwa in der Frühzeit der griechischen Kultur finden, die erst nach dem Zusammenbruch der ägäischen Kultur begann. Der Zusammenbruch erfolgte etwa um 1000 v. Chr. Gebürt. Die kretische Kultur, wie sie bis jetzt vor uns erscheint, ist durchaus raffiniert. Die Fresken der Paläste zeigen mit Vorliebe waghalsige Stierkämpfe. Der Stier hatte offenbar kultische Bedeutung. (An der griechischen Sage ist später Kreta die Heimat des „Minotaurus“, jenes furchtbaren Stiergeheuers, dem die Athener bis auf Theseus eine bestimmte Zahl von Jungfrauen opfern mußten.) Wir finden halbbarbarische Tänzer und Akrobaten. Die weiblichen Trachten sind höchst prächtig: tiefer Ausschnitt, Wespentaille, Glorienzoll mit Volants. Und doch handelt es sich nicht um Deladence — denn eine sehr gesunde, gespannte, lehnige Kraft ist bei allem Raffinement spürbar — etwa in den berühmten Goldbechern aus Vaphio, die im Relief den Einfang wilder Stiere zeigen.

Vielleicht gibt sich ein andermal Gelegenheit, von dieser kretischen Kultur mehr zu berichten. Für heute möchte ich nur einen Hinweis auf das neue schöne Museum geben, in dem dieser Raum der kretischen Kunst vielleicht der überraschendste ist.

Adolf Behne

Die Berliner Schulmusikwoche. In den letzten Jahren haben sich im Musikunterricht an Volks- und höheren Schulen so viele neue Gesichtspunkte und Unterrichtsarten durchgesetzt, daß es im Interesse eines einheitlichen Unterrichtsplanes liegt, in einer Aussprache und in Vorträgen den Versuch einer Klärung zu unternehmen. Diese Aufgabe verfolgt die erste Schulmusikwoche des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, die vom 17. bis 21. Mai in dem Konzertsaal der Hochschule für Musik, Potsdamerstr. 1, stattfindet. — In Vorträgen, Vorführungen und Lehrproben wird ein Überblick über den Stand des Musikunterrichts an den verschiedenen Lehranstalten, Volks- und höheren Schulen gegeben. Am ersten Tag

Wie schamlos die reaktionäre Presse gegen den Genossen Kasperek vorgegangen ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die „Hallische Zeitung“ bei der Verhaftung Kaspereks meldete, der Verhaftete sei bei einer Treibjagd „zur Strecke gebracht“ worden. Der Artikel war denn auch mit einer entsprechenden Ueberschrift aus dem Jägerlatein versehen. „Hallali“ jubelte das Hallische Organ der Orghel, als sich in Deutschland Richter fanden, die verlogene Nachrichten der deutschnationalen Presse für hinreichend hielten, einen Mann wegen Hochverrats in Haft zu nehmen.

## Falsche Darstellung

In der gestrigen Landtagsitzung wurde die Debatte über den oberösterreichischen Aufstand zu Ende geführt. Es lag ein Antrag der Koalitionsparteien und ein Antrag der Kommunisten vor. Der kommunistische Antrag verlangte, daß der oberösterreichische Aufstand nicht zum Anlaß eines nationalistischen Krieges gemacht werde und daß alle kriegerischen Maßnahmen, die eingeleitet worden sind, wieder rückgängig zu machen sind. In der Presse wird nun behauptet, der größte Teil der Unabhängigen Fraktion habe für den Antrag der bürgerlichen Koalitionsparteien gestimmt. Das ist un wahr! Die Unabhängige Fraktion hat vielmehr dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da der Antrag der Koalitionsparteien, für den auch die Rechtssozialisten stimmten, für die Unabhängige Fraktion nicht in Betracht kommen konnte.

## Der Reichstag und die Beamten

Der Nachtragsetat zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1920 wurde gestern in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Bei dieser Gelegenheit wurde die viel umstrittene Frage aufgeworfen, ob die früheren Assistenten eine Ergänzungsprüfung abzulegen haben, oder ob diese Beamtengruppe ohne Prüfung nach der Besoldungsgruppe VII überführt werden soll.

Trotzdem Redner aller Parteien die Auffassung vertraten, daß im Gegensatz zu der bekannten Regierungserklärung von einer Ergänzungsprüfung Abstand genommen werden müsse, wurde der vom Genossen Breunig begründete Antrag: „Diejenigen früheren Assistenten, die beim Inkrafttreten des neuen Besoldungsgesetzes eingestellt waren, mit Wirkung vom 1. April 1920 ohne Prüfung in die Besoldungsgruppe VII einzureihen“, von den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten, abgelehnt.

Die bürgerlichen Parteien finden immer schöne Worte für die Notlage der Beamten, aber wenn sie diese Worte in die Tat umsetzen sollen, dann schüßen sie immer „unabsehbare“ Konsequenzen oder die „ungenügende“ Prüfung der Angelegenheit vor. Genosse Breunig erhob namens unserer Fraktion scharfsten Protest gegen die Verschleppung dieser Angelegenheit und brachte zum Ausdruck, daß die Beamten sich energig gegen verfahren müßten, weiter vom Wohlwollen der Regierung abhängig zu sein. Er sagte den Beamten, daß es keinen Zweck habe, fortwährend zu debattieren, und forderte die Beamten, sich zu starken Gewerkschaften zusammenzuschließen und sich ihre Rechte Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften zu erkämpfen.

## Ausschuß für Bevölkerungspolitik

Am 4. Mai konstituierte sich der Ausschuß für Bevölkerungspolitik des preussischen Landtags. Die Fraktion der K. P. hat die Mitglieder Dr. Wenl und Marie Kunert entsandt. Wenn es nach den Wünschen des Vorsitzenden, Sanitätsrat Dr. Stemmler, gegangen wäre, hätte der Ausschuß geruhig abwarten müssen, bis ihm von der Regierung Beratungsmaterial zugewiesen worden wäre. Damit wollte unsere Fraktion sich nicht zufrieden geben. Vielmehr forderte Genosse Dr. Wenl ein aktives Vorgehen des Ausschusses, besonders in der so außerordentlich brennenden Frage einer Reform des Hebammenwesens. Der Minister für Volkswohlfahrt Siegerwald hatte seinerzeit das Inkrafttreten eines neuen Hebammengesetzes bereits zum 1. April 1922 angekündigt.

Der Vorsitzende teilte mit, dieses Gesetz sei nahezu fertig und werde demnächst vom Finanzministerium begutachtet werden. Um einer Verschleppung des Gesetzes vorzubeugen, wünschte Genosse Dr. Wenl, daß dieser Gesetzentwurf auf die Tagesordnung der nächsten Ausschußsitzung gesetzt und Vertreter des Finanz-

werden die führenden Vertreter der Musikpädagogik an der Universität, am Akademischen Institut für Kirchenmusik und an besonders wichtigen Lehranstalten sprechen. Prof. Thiel-Berlin wird die Bedeutung der ersten Schulmusikwoche behandeln. Professor Albert Leipzig „Die Stellung des Musikunterrichts im Gesamtorganismus der Schule“, Professor Ernst Paul-Dresden: „Neue Aufgaben im Schulmusikunterricht“, Fritz Jöde-Hamburg: „Die Grundlagen musikalischer Betätigung in Schule und Leben“, Prof. Hans Sonderburg-Kiel: „Die Schule als Mittelpunkt städtischer Musikpflege“.

Der zweite Tag der Schulmusikwoche gilt der Vorführung der verschiedenen, im Vordergrund des Interesses stehenden Methoden. Die Herren Max H., Prof. Kelle-Berlin, Otto Wiensdorf-Elberfeld, Charlotte Pfeffer, Maria Leo-Berlin, Prof. Carl Eich-Eisleben, halten über ihre Unterrichtsart einführende Vorträge, denen praktische Beispiele durch Schülerführungen folgen. Am dritten und vierten Tage der Schulmusikwoche wird der Gelangunterricht in einigen Schulen Berlins besucht. Die Lehrproben umfassen u. a. das Prinzip der Arbeitsschule, der Gemeinschaftsschule, die Probleme der rhythmischen Erziehung, der Lautbildung und der Hermeneutik. — Nähere Auskunft über die Veranstaltungen und die damit verbundenen Konzerte und Führungen erteilt das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120. Fernruf: Kurfürst 9918/19.

Die besten sportlichen Leistungen im Jahre 1920. Die Endergebnisse des deutschen Sportes im Jahre 1920 sind nun sachmännlich zusammengetragen. Ein Vergleich der Zahlen mit denen früherer Jahre zeigt wieder, welche gewaltigen Aufschwung Deutschlands sportliche Betätigung genommen hat und die Meisterschaften auf den verschiedenen Gebieten des Sports — Fußball, Leichtathletik, Scherathletik, Rudern, Schwimmen, Fechten usw. — weisen auch dem Ausland gegenüber recht beachtenswerte Ergebnisse auf. Auf manchen Gebieten, z. B. im Geben, Gewichtheben, Schiwerballwerfen, hat Deutschland den Weltrekord auch im Jahre 1920 gehalten, d. h. seine Zahlen aus früheren Jahren sind noch nicht übertroffen worden.

## Tages-Notizen

Staatsober. Wegen eines schweren Maschinendefekts im Hauptmagazin der Staatsoper muß eine Vereinfachung des Spielplans eintreten. Es wird Freitag und Sonnabend „Böhme“ gegeben. Die Erbschaftssteuer von Bonzen's Wecken findet endgültig am 19. d. M. statt. Die für den 18. bereits verkauften Karten behalten Gültigkeit für den 19. d. M., können aber zu den bekannten Bedingungen zurückgegeben werden. Die für „Margarete“ und „Rigolotto“ verkauften Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit für die beiden Böhme-Aufführungen, können aber auch zurückgegeben werden.

Vorträge. Über „Menschenauslese und Menschenvererbung“ hält im Rahmen des Akademischen Instituts und Techn. Freitag, 6 Uhr, in der Deutschen Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6, Dr. Weede einen Vortrag. Karten an der Abendkasse.

Großes Schauspielhaus. Die bekanntgegebenen Wohnmenschenpreise für die Spielzeit 1921/22 haben nur während des Monats Mai Geltung. Wohnmenschen, die ab 1. Juni erworben werden, unterliegen einem Aufschlag von 20 Prozent für sämtliche Platzsetzungen.

ministeriums dazu geladen werden. Unser Vertreter wünschte außerdem näheres zu erfahren über die Stellung Preußens zu dem Jugendgesetz, das jetzt vom Reichstag einem Ausschuß überwiesen worden sei, ferner Auskunft darüber, nach welchen Gesichtspunkten ein Gesetz zur Eindämmung der Geschlechtskrankheiten gestaltet und welche der von unserer Fraktion in der Landesversammlung gegebenen Anregungen dabei berücksichtigt werden sollen. Auch in der Tuberkulosefrage wollen wir nicht auf das Reich warten, sondern auch diese Frage schnell in Angriff nehmen und Vertreter der Regierung zu den Sitzungen des Ausschusses einladen.

Den Wünschen unserer Fraktion wurde stattgegeben, alle vier Punkte werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

## Groß-Berlin

### Grober Mißbrauch von Wohnräumen

Kücherwaren sind für viele Menschen eine gute Gabe, nicht Gottes, wir wollen den lieben alten Herrn ganz aus dem Spiel lassen. Ob es aber notwendig ist, daß bewohnbare Räume in Küchenbuden umgewandelt werden, das ist eine Frage, um deren Beantwortung wir das Wohnungsamt ersuchen.

Im Hause Raugarder Str. 8 befindet sich ein Küchenwarengeschäft. Ein Hinterzimmer, aus dem voriges Jahr zwei Frauen exmittiert wurden, ist in eine Küchenbude umgewandelt, die sich den Hauseinwohnern ständig in unangenehme Erinnerung bringt. Nachts werden lustig Plische geräuchert. Für die Bude ist natürlich kein besonderer Rauchfang angelegt, und den Anwohnern ist es unmöglich, die Fenster zu öffnen. Kinder sind durch den Rauch betäubt worden, so daß einzelne Hauseinwohner zur Selbsthilfe griffen und dem Rauch und Qualm durch Ausstoßen des Küchenbudenfensters Abzug verschafften. Das veranlaßte den Inhaber der Küche, den Qualm in den Schornstein zu leiten und zwar mit dem Erfolge, daß nun sämtliche Ofen, die dem betreffenden Kamin angeschlossen sind, derart qualmen, daß es in den Wohnungen kaum ausgehalten werden kann. Wo bleibt das Wohnungsamt? Wo bleibt das Gesundheitsamt? Die Baupolizei soll das Küchenbudenverbot haben. Ist das zutreffend?

Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, um die Beseitigung der unerträglichen und unerhörten Mißstände zu veranlassen. Tausende von Menschen erhalten keine Wohnung, und hier werden bewohnbare Zimmer in Küchenbuden verwandelt, durch deren Qualm obendrein das Leben der Hauseinwohner gefährdet wird.

### Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Dienstag, dem 10. März, ihre gut besuchte Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz von Prof. Deller ab. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß der Not der Zeit entsprechend, mehr als je Wert auf ausreichende Belehrung der Bevölkerung gelegt wird und dazu der Film „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“ sowie die Wanderausstellung der DGBG zur Unterhaltung herangezogen wurden. Der Film wurde in Sondervorführungen unter ärztlicher Leitung gezeigt, die Wanderausstellung reiste durch verschiedene Vororte und hatte ebenfalls einen starken Erfolg aufzuweisen. Daneben fanden zahlreiche Vorträge gefolgt für Männer und Frauen, zum Teil in Gemeinschaft mit dem Landesauschuß für hygienische Volksbelehrung statt.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung hielt Dr. Alfred Loeser einen Vortrag über Vererbung von Geschlechtskrankheiten. An der Hand zahlreicher Lichtbilder wurden besonders die vererbenden Wirkungen, die die Erbphyllis schon während der Schwangerschaft an dem noch ungeborenen Kinde anrichten kann, gezeigt. In anschaulicher Weise wurden die meist unheilbaren Schäden geschildert, die die Erbphyllis an den Neugeborenen und Kindern bis zum zweiten Lebensjahre herverruft. Von leichter nervös-hysterischer Konstitution, die die Kinder solcher Eltern oft aufweisen bis zu den schwersten organischen Schädigungen, bis zur völligen Idiotie kann das vererbte syphilitische Gift in der kommenden Generation noch Verheerungen anrichten. Die Zahl der erbphyllitischen Kinder, die jährlich noch in Deutschland geboren werden, sei erschreckend hoch, belaste aufs schwerste die Krankenhäuser und Asyls und falle dem Staate schließlich zur Last. Um diese vererbte Volkspeise einzudämmen und weniger unglückliche Menschen jahrein jahraus in die Welt setzen zu lassen, gäbe es nach Ansicht des Redners nur ein Mittel, nämlich dieses, daß jede Frau bei ihrer Niederkunft mit Hilfe der Wassermännchen Reaktion auf eine etwaige Syphilis untersucht würde, damit die Mutter und das Neugeborene rechtzeitig behandelt werden könnte, um ihr lebenslanges Leben zu ändern oder zu heilen. Nur wenn gelegentlich diese Maßnahmen getroffen würden, könnte man sich in dieser Frage, die für alle Volksschichten und für die Volksgesundheit so wichtig ist, einen Erfolg versprechen.

Wir zweifeln nicht daran, daß medizinisch die zwangsmäßige Untersuchung und sofortige Behandlung ein wesentliches Mittel zur Bekämpfung dieser entsetzlichen Seuche darstellt. Die Ursachen der Seuche können aber nicht nur medizinisch, sondern müssen auch sozial bekämpft werden, und dieser Kampf muß sich schließlich gegen die ganze heutige soziale Ordnung der Gesellschaft richten. Es sind vorwiegend die Mädechen des Proletariats, die geschädigt werden, und es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Voraussetzungen für die Verbreitung aller Seuchen liegen. Deshalb muß der medizinische durch den sozialen Kampf ergänzt werden!

### Raubmord in der Großen Frankfurter Straße

Ein schweres Verbrechen ist in der Nacht zum Mittwoch auf offener Straße verübt worden. Der Inhaber des Cafés „International“ in der Großen Frankfurter Straße 70, Max Bely, befand sich in der zweiten Nachtschicht in Begleitung seiner Braut und mehrerer Bekannter auf dem Heimwege nach seiner Wohnung in der Kappensstraße. Unterwegs geriet er mit einigen, bisher noch unbekanntenen Personen in einen Streit, in dessen Verlauf die Männer über Bely herfielen und ihm zwei Messerstücke in den Kopf verletzten. Während der Cafetier zu Boden stürzte, raubte ihm einer der Täter seine Brieftasche mit 100 000 Mark in 50-, 100- und 1000-Markscheinen, worauf die Verbrecher die Flucht ergriffen. Bely, der in einer großen Blutlache lag, wurde von Straßenpassanten nach der Rettungshilfe in der Holzmarktstraße geholt, wo aber nur noch sein Tod festgestellt werden konnte. Das Verbrechen bedarf noch der Aufklärung, da die Täter der Kriminalpolizei unbekannt sind. Die bisherigen Feststellungen lassen aber keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Männer den Streit provoziert haben, um Bely zu berauben.

Neue Bezeichnungen auf der Ringbahn. Zur schnelleren Unterzeichnung der Reisenden und zur leichteren Unterscheidung der einzelnen Züge auf der Berliner Ringbahn, sollen mit Einführung des Sommerfahrplanes, also vom 1. kommenden Monats ab, die an der Lokomotive befindlichen Ausschilde sowie auch die Arme der Richtungsanzeiger an den Bahnhöfen der Ringbahn, eine zum Teil geänderte Aufschrift erhalten. Die bisherige Bezeichnung „Vollring“ über Westend, Sinalau-Kummelsburg bzw. Potsdamer Bahnhof, hat zu zahlreichen Mißverständnissen Anlaß gegeben, der Ortsunkundige konnte sich bisher nur schwer darüber unterrichten, welche Strecke der Zug eigentlich befahren wird. Es soll daher bei den Zügen, die den Nord- und Südring befahren, ohne die Stationen Schönberg und Potsdamer Bahnhof zu berühren, die also in Wirklichkeit eine freischnellere Strecke durchlaufen, wie bisher die Aufschrift „Vollring“ lauten. Die Züge, die die ganze Strecke des Nord- und Südringes, also auch die Stationen Schönberg und Potsdamer Bahnhof bedienen, werden



